

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Müllringhaus, Berlin.
Telefonnummer: Amt Dönhoff 4106/4108



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin O 25 61, Zelle-Allianz-Platz 8
Druckmaschinen: Copeland

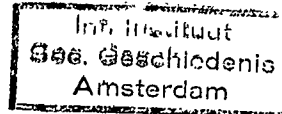
Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung ist ebenfalls 4 Wochen vor dem Drucktermin, wenn nicht anders verordnet ist, einzureichen für beide Fälle in Berlin.

Berlin, den 7. August 1930

Woher weht der Wind ?

von Rudolf Breitscheid.



SPD. In meiner letzten Kölner Rede habe ich in Abwehr der Kritik, die das Zentrum an der sozialdemokratischen Kampfesweise übt, ein Flugblatt des Volksvereins für das katholische Deutschland zitiert, in dem es heisst: "Sozialisten und Kommunisten haben einen gemeinsamen Schlachtruf: Vernichtung der Kirche Christi! Sie richten ihre Angriffe gegen Kirche, Schule, Ehe, Familie, kurz gegen alles, was uns teuer und heilig ist." Diese Sätze habe ich als unwahrhaftig und als einen beklagenswerten und verabscheuungswürdigen Rückfall in vergangene unerfreuliche Zeiten bezeichnet.

Darauf erwidert mir jetzt die "Kölnische Volkszeitung", die sich ohne Einschränkung hinter den Volksverein und sein Flugblatt stellt und ausser Anna Siemsen und Toni Pfülf mich selbst als Kronzeugen gegen mich anruft. Sie erwähnt mein Schlusswort, das ich auf dem Magdeburger Parteitag nach der Diskussion meines Referats über die Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gesprochen habe, und nimmt den Passus heraus, in dem ich mich mit einigen Parteifreunden, die an meinen Ausführungen über Kirche und Religion Kritik geübt hatten, auseinandersetzte:

"Ich habe nicht gesagt, dass wir gegenüber den Kirchen als Organisationen Toleranz üben sollen, sondern gegenüber religiösen und antireligiösen Bekundungen der einzelnen. Zwischen Kirche und Religion ist ein Unterschied zu machen. Wenn sich die Kirche anmasst, ihre Rechte auf Gebiete auszudehnen, die unserer Ansicht nach dem Staate vorbehalten sein sollen, dann haben wir gegen einen solchen Übergriff der Kirche mit aller Entschiedenheit Front zu machen."

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die Auffassungen, die ich hier vertreten habe, denen des Zentrums und der katholischen Kirche zuwiderlaufen. Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche und zwischen Religion und Politik wird vom Zentrum unter wesentlich anderen Gesichtspunkten angesehen als von uns. Infolgedessen ergeben sich ganz selbstverständlich tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über die Grenzen, die dem Einfluss des Kirchentums auf staatliche Betätigung zu setzen sind. Es ist hier in der Tat ein Gegensatz der Weltanschauungen vorhanden, der sich schwer überbrücken lässt. Aber was hat das mit der Behauptung zu tun, dass die Sozialisten mit den Kommunisten gemeinsam den Schlachtruf: "Vernichtung der Kirche Christi!" ausstießen, und dass wir unsere Angriffe gegen alles richteten, was der katholischen Kirche heilig und teuer sei? Selbst wenn wir dem Katholizismus das von ihm beanspruchte Recht zugestehen wollten, Kirche - und zwar katholische Kirche - und Religion gleichzusetzen, so bliebe die Behauptung des Volksvereins immer noch eine Unwahrheit.

Was von meinen Ausführungen gilt, gilt auch von denen von Anna Siemsen und Toni Pfülf. Aber wenn das Zentrum und der Katholische Volksverein so fest davon überzeugt sind, dass die Sozialdemokratie die Vernichtung der Kirche

Christi und damit des höchsten Gutes des katholischen Volkes anstrebe, so ist es doch in der höchsten Masse verwunderlich, dass das Zentrum mit dieser verdammungswürdigen Sozialdemokratie im Reich Koalitionen gebildet hat und in Preussen seit langen Jahren in derselben Regierung sitzt. Es hat damit doch, von seinem Standpunkt aus gesehen, eine schwere und unverzeihliche Sünde auf sich geladen, die dadurch noch vergrößert wird, dass es mit der Sozialdemokratie gemeinsam in Preussen das Konkordat durchbrachte, wohlgerne, ohne in der Zeit der Verhandlungen über diesen Vertrag uns Christenverfolgung und dergl. zum Vorwurf zu machen.

Hier stimmt etwas nicht. Die Frage ist nur, ob unsere Religionsfeindschaft immer nur zu Zwecken der Wahlagitation entdeckt wird, oder ob sich nicht in der letzten Zeit überhaupt ein Systemwechsel innerhalb des Zentrums zu vollziehen beginnt.

Ist vielleicht von höherer kirchlicher Stelle eine neue Parole ausgegeben worden? In der "Neuen Rundschau" beschäftigt sich der frühere italienische Aussenminister Graf Carlo Sforza, einer der entschiedensten Gegner des Mussolinismus, anknüpfend an die Lateranverträge mit der Kirchenpolitik des gegenwärtigen Papstes. Er stellt fest, dass Pius XI. im Gegensatz zu seinem Vorgänger eifrigst bestrebt sei, den Katholizismus von allem zu lösen, was nach Liberalismus und Demokratie schmeckt. "Daher auch," so fährt er fort, "sowohl in Italien als in jedem anderen Lande die Tendenz, die demokratischen Strömungen der katholischen Parteien auszumerzen und durch das starre Gefüge des Priestersystems zu ersetzen. Wie Pius XI. in Italien die (katholische) Volkspartei zerstört hat, so bewirkte er in Deutschland, dass das katholische Zentrum, um ein Gesetz zugunsten der Konfessionsschule durchzudrücken, sein Bündnis mit den Sozialisten aufgab und durch ein Bündnis mit der nationalistischen und militaristischen Rechten ersetzte."

Wir sind nicht genügend in die Geheimnisse des Vatikans eingeweiht, um die Richtigkeit dieser Darstellung bestätigen zu können. Aber gewisse Anzeichen sprechen für sie. Wir wissen sehr wohl, dass Rompilger, besonders solche aus den Kreisen des katholischen Adels, beim Heiligen Stuhl in der Richtung arbeiten, von der Sforza spricht, und gewisse Äusserungen von politisch tätigen katholischen Geistlichen in Deutschland lassen ebenfalls den Schluss zu, dass sich bei ihnen in den letzten Jahren in der Beurteilung des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie mancherlei geändert hat.

Nun wäre sicherlich die Annahme falsch, als ob das ganze Zentrum bereit sein würde, politischen Wünschen, die von Rom kämen, Rechnung zu tragen. Dagegen spricht schon die Erfahrung vergangener Jahrzehnte. Aber immerhin muss man damit rechnen, dass auf gewisse, insbesondere dem Klerus nahestehende Kreise, vatikanische Ansichten nicht ohne Einfluss bleiben, und wenn von einzelnen Zentrumsrednern mit dem Bruch der Preussenkoalition gedroht wird, so liegt die Vermutung nur allzu nahe, dass der Grund nicht in der angeblich gehässigen Kampfweise der Sozialdemokratie zu suchen ist, sondern eben in einem Umschlagen des Windes an hohen kirchlichen Stellen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt, dass am Mittwoch, den 6. August im Preussischen Justizministerium eine eingehende Besprechung mit dem Verteidiger des französischen Sportsmanns Cuvelier, Rechtsanwalt Dr. Blume-Leipzig, über die von dem letzteren angeregten weiteren Massnahmen stattgefunden hat. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft in den gegen die beteiligten Nationalsozialisten wegen Landfriedensbruchs, gemeinschaftlicher Körperverletzung, Bedrohung usw. eingeleiteten Strafverfahren die gerichtliche Vernehmung der Beschuldigten und Zeugen beantragt und ferner gegen den nationalsozialistischen Führer Wolkersdörfer Ermittlungen wegen des Verdachts unerlaubter Zeugenbeeinflussung aufgenommen. Bei der Staatsanwaltschaft sind ferner Strafanträge wegen

Beleidigung seitens der von den Nationalsozialisten beschimpften deutschen Mädchen eingegangen. Dem Oberstaatsanwalt ist zur Unterstützung bei den notwendigen tatsächlichen Ermittlungen ein Beamter der Landeskriminalpolizei Berlin als Hilfsbeamter zur Verfügung gestellt worden. Gegen den zur Zeit vom Dienst beurlaubten Justizobersekretär Hauck hat der Generalstaatsanwalt die Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens bei dem Oberlandesgericht in Naumburg beantragt.

SPD. Paris, 7. August (Eig. Drahtb.)

Die Lage im nordfranzösischen Streikrevier hat sich neuerdings erheblich verschärft. Im Laufe der letzten 24 Stunden sind in dem Gebiet von Roubaix, Tourcoing und Haluin 5 000 Streikende zu der bisherigen Zahl hinzugekommen. Aus dem Norden wird ein fortwährendes Zuströmen von kommunistischen Agitatoren gemeldet. Man fürchtet, dass durch ihre Tätigkeit Zusammenstöße provoziert werden.

In letzter Zeit macht sich auch unter den Bergarbeitern des Nordens eine steigende Unruhe bemerkbar. In einer in Douai abgehaltenen Versammlung hat die Bergarbeiterschaft die sofortige Anbahnung neuer Verhandlungen mit den Arbeitgebern über die Frage des bezahlten Jahresurlaubs gefordert. Falls die Arbeitgeber bei ihrer unnachgiebigen Haltung verharren sollten ist es möglich, dass auch in der Bergarbeiterindustrie der Generalstreik erklärt wird. In diesem Falle würde sich die Zahl der Streikenden, die gegenwärtig auf rund 100 000 veranschlagt wird, mit einem Schlag auf 300 000 Mann erhöhen.

SPD. Bern, 7. August (Eig. Drahtb.)

Die Antwort der Schweiz auf Briands Paneuropaplan ist am Donnerstag veröffentlicht worden. Sie betont eingangs, dass die Schweiz sich nicht auf Verbindungen einzulassen beabsichtigt, die ihrer Neutralität Abbruch tun könnten. Nur die grosse Mehrheit der europäischen Staaten könne einem neuen Zusammenschluss praktischen Wert verleihen.

Sehr skeptisch wird die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen einer neuen Union und dem Völkerbund behandelt. Europäische Angelegenheiten könnten gerade so gut oder noch besser vom Völkerbund behandelt werden, Wirtschafts- und Zollfragen könnten genau so gut von den Staaten untereinander geregelt werden, während die Sicherheitsfrage eine Weltangelegenheit sei. Es liesse sich denken, dass europäische wirtschaftsfragen, die der Völkerbund speziell nicht erörtern wolle, vielleicht von einer Spezial-Gruppierung behandelt werden. In der Antwort wird schliesslich konkret nach der Form der geplanten Organisation und insbesondere danach gefragt, ob ein neues Gebilde mit einem ständigen Sekretariat entstehen soll.

SPD. Kopenhagen, 7. August (Eig. Drahtb.)

Der dänische Papiergrosshändler Olaf Christiansen aus Kopenhagen wurde wegen Betruges deutscher Papierfirmen zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt. Von den Betrugereien war der zuständigen dänischen Behörde durch die deutsche Gesandtschaft in Kopenhagen Mitteilung gemacht worden.

SPD. New York, 7. August (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Donnerstag gingen über die mexikanisch-amerikanische Zwillingsgrenzstadt Nogales ungeheure Wolkenbrüche nieder, sodass ein grosser Teil der Stadt unter Wasser gesetzt wurde. In den meterhohen Fluten sind 25 Menschen ertrunken. Vermisst werden auf der mexikanischen Seite 30 Kinder, die wahrscheinlich bei dem Zusammensturz der primitiven Wohnhäuser umgekommen sind. Die Zahl der eingestürzten Häuser geht in die Hunderte.

SPD. Paris, 7. August (Eig. Drahtb.)

In dem Wald von Cadet nach Chateaux-Thierry wurden am Mittwoch zwei bisher noch unbekannte Kriegsgräber von deutschen Soldaten entdeckt. Die Soldaten gehörten dem 404. Infanterie-Regiment an, ihre Namen sind Walther Drews und Paul Gade.

SPD. Wien, 7. August (Eig. Drahtb.)

In der Tiroler Heimwehr ist es in den letzten Tagen zu einer offenen Meuterei gegen Dr. Steidle gekommen. Nach der letzten Führertagung in Innsbruck ist der Widerstand gegen Steidle wegen des angeblich gemässigten Kurses immer heftiger geworden.

Es ist schon lange die Rede davon, dass Steidle als Landesführer der Tiroler Heimwehr abgesetzt werden soll. Steidle verstand es, trotzdem in einer Sitzung seine Neuwahl als Landesleiter durchzusetzen. Als der Wortführer der Opposition, der Kommandant des Innsbrucker Jägerregiments von dieser Überraschung erfuhr, kam es zu einem heftigen Zusammenstoss, der damit endete, dass Steidle den Führer der Opposition wegen grober Disziplinlosigkeit von seinem Kommando enthob. Da sich aber alle Bataillons- und die meisten Kompagnieführer mit dem Führer der Opposition solidarisch erklärten, kam es zu einer offenen Rebellion des Jägerregiments. Die Führer traten zurück. Steidle beantwortete diese Meuterei damit, dass er das ganze Jägerregiment, die einstige Elitetruppe der Tiroler Heimwehr, auflöste.

Es kommt hinzu, dass in der Heimwehr auch Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze wegen der Haltung in der Frage der Ausweisung des Majors Pabst bestehen. Viele Heimwehrführer sind froh, den "Preussen" losgeworden zu sein, andere wiederum wollen unbedingt seine Rückkehr durchsetzen. Wie es heisst, hat sich Pabst selbst über die Lauheit und Hinterhältigkeit beklagt, mit der die Heimwehrführer seine Sache behandeln. Infolge dieser Gegensätze und der Gefahr der Erschütterung seiner Position sieht sich Steidle wieder einmal genötigt, nach aussen hin den wilden Mann zu spielen. So hat er erklärt, dass es kein Zusammenarbeiten zwischen Heimwehr und Regierung gebe, solange Pabst nicht zurückgekehrt sei. Das Blatt der Tiroler Heimwehr, der christlichsoziale Tiroler Anzeiger veröffentlicht gleichzeitig einen sehr scharfen Angriff gegen die Regierung Schober, in dem es heisst, dass eine Regierungskrise nahe bevorstehe.

Am Donnerstag hat Bundeskanzler Schober mit zwei Delegierten der Heimwehr über verschiedene politische Fragen verhandelt.

SPD. Am Donnerstag Nachmittag traten im Reichstag die Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Konservativen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Landvolk-Partei zusammen, um die Verhandlungen über einen gemeinsamen Wahlaufuf fortzuführen. Die Verhandlungen führten jedoch nicht zu dem Ziel, das seinen Ausdruck in einem gemeinsamen Wahlaufuf erhalten sollte. Die

Parteien kamen jedoch überein, im Wahlkampf gegenseitig eine Art Burgfrieden zu wahren. Weiter Verhandlungen sind nicht in Aussicht genommen.

+ + +

Der Führer der Deutschen Volkspartei hat Herrn Röchling-Saarbrücken mitgeteilt, dass seine "Vermittlung" in dem Krach zwischen Volkspartei und Staatspartei "einstweilen nicht erforderlich" sei.

SPD. Washington, 7. August (Eig. Drahtb.)

Die in Europa verbreiteten Meldungen über bevorstehende Verhandlungen zwischen Amerika und der Sowjet-Union über die Anerkennung der Moskauer Regierung werden vom Staatsdepartement dementiert. Die amerikanische Regierung beharre auf ihrem ablehnenden Standpunkt gegenüber Sowjet-Russland.

SPD. Genf, 7. August (Eig. Drahtb.)

Der Kongress der Beamteninternationale nahm am Donnerstag ein Referat von Dr. Voelter-Berlin über die wirtschaftliche Lage der Beamten in den europäischen Ländern entgegen. Der Vortrag, der Teilergebnisse einer mit Hilfe des Internationalen Arbeitsamtes veranstalteten Umfrage verwertete, führte zur Annahme einer Entschliessung, die die Fortsetzung der Umfrage fordert und den Referenten mit der Weiterführung der Arbeit beauftragt.

SPD. London, 7. August (Eig. Drahtb.)

In Hankau wurden die englischen und französischen Konzessionen mit Rücksicht auf die Gefahr von Angriffen der sogenannten Kommunisten und anderer Aufwührer mit Stacheldrahtverhauen umgeben. Das Standrecht wird in der Stadt mit noch grösserer Schärfe als bisher durchgeführt. Fünf Personen, darunter zwei Mädchen, wurden unter der Anklage, einen Gefängnisaufbruch versucht zu haben, enthauptet.

SPD. Brüssel, 7. August (Eig. Drahtb.)

Die Streiklage in dem französisch-belgischen Grenzgebiet hat sich inzwischen weiter verschärft. Infolge der Eigenartigkeit dieses Industriegebietes weist die Lage gewisse Besonderheiten auf, ohne deren Berücksichtigung die Ereignisse kaum zu verstehen sind.

So bildet z.B. der französische Industrieort Haluin und der belgische Industrieort Menin eine einzige Stadt, die nur durch die, die Hauptstrasse durchschneidende Zollgrenze in zwei Teile getrennt ist. Über 60 000 in belgischem Gebiet wohnende Arbeiter überschreiten täglich die Grenze um in französischen Betrieben zu arbeiten; davon sind etwa 20 000 in der Textilindustrie und 38 000 in der Metallindustrie beschäftigt. Die grosse Mehrzahl dieser belgischen Frankreichgänger ist in belgischen Gewerkschaften organisiert. Sie befolgt in dem gegenwärtigen Kampf die Parolen ihrer Gewerkschaften treu, die mit denen der französischen Gewerkschaften ziemlich übereinstimmen. Die belgischen Arbeiter haben sich demgemäss dem Streik um die Lohnerhöhung angeschlossen, aber gleichzeitig im Einvernehmen mit den französischen freien Gewerkschaften haben sie die Arbeit bei jenen Arbeitgebern, die ihre Forderungen bewilligten, wieder aufgenommen. Das letzte trifft auf etwa 150 auf französischem Gebiet liegende Textilfabriken mit 40 000 Arbeitern zu, während etwa 400 Betriebe mit etwa 70 000 Arbeitern noch bestreikt werden, da sie

Den Forderungen der Arbeiter noch nicht entsprochen haben. Angesichts der Tatsache, dass die Arbeitgeberorganisation, das sogenannte Konsortium der Textilindustrie, sehr stramm organisiert ist und stets in scharfmacherischem Geiste geleitet war, ist die Spaltung der Arbeitgeber als ein unerwarteter, grosser Erfolg der Arbeiterorganisationen zu werten.

Die Zusammenstösse, die in den letzten Tagen stattgefunden haben und die fortdauern, sind fast durchweg auf verzweifelte Versuche der Kommunisten zurückzuführen, den Streik, entgegen den Parolen der freien Gewerkschaften in beiden Ländern, auch in jenen Betrieben aufrecht zu erhalten, die die Forderungen der Arbeiter bewilligt haben. Die Kommunisten und ihre Gewerkschaften arbeiten im Grunde daraufhin, die gebrochene Einheitsfront der Arbeitgeber wieder herzustellen. Dabei richten sie ihre Bemühungen absichtlich darauf, den Schauplatz der von ihnen provozierten Zusammenstösse soweit als möglich auf belgisches Gebiet zu verlegen, und zwar deshalb, weil die belgischen Grenzgemeinden und insbesondere die grossen Industrieorte Menin und Mouscron, unter sozialistischer Verwaltung stehen. Man will die sozialistischen Verwaltungen misskreditieren und tut deshalb alles, um Zusammenstösse zu provozieren.

Am Donnerstag nachmittag fand in Mouscron eine gewaltige Demonstration der belgischen freien Gewerkschaften statt, in deren Verlauf der belgische Abg Vandavelde und der französische Senator Coole die Provokationen des französischen Konsortiums und der Kommunisten brandmarkten und die Arbeiter zum disziplinierten Ausharren in ihrem Kampfe aufforderten. Die Streikenden in Menin beschlossen, dass die belgischen Arbeiter der französischen Betriebe, die die Forderungen der freien Gewerkschaften bewilligt haben, am Freitag ohne Rücksicht auf die Haltung der Kommunisten, in geschlossenen Reihen die Grenze überschreiten und zur Arbeit gehen sollen. Sie werden sich um sechs Uhr morgens vor dem Volkshause in Menin versammeln.

SPD. Halle, 7. August (Eig. Drahtb.)

Für die mitteldutsche Metallindustrie ist ein neuer Arbeitszeitschieds-spruch gefällt worden. Danach kann, wenn der gleiche technische und wirtschaftliche Nutzeffekt nicht durch Mehreinstellung von Arbeitern erreicht wird, bis zu 50 Stunden in der Woche gearbeitet werden.

Das alte Überzeitabkommen sah eine 52 stündige Arbeitszeit vor. Durch den Schieds-spruch, der am 12. Mai dieses Jahres in Halle für die Arbeitszeitneuregelung bereits gefällt worden war, wurden 51 Stunden festgesetzt. Jetzt ist für den neuen Spruch die Arbeitszeit auf 50 Stunden herabgedrückt worden.

Der neue Spruch bedeutet, da auch die Laufdauer verkürzt wurde, einen gewissen Fortschritt; dennoch befriedigt er nicht, denn vom volkswirtschaftlicher Standpunkt aus ist zur Zeit eine Senkung der Arbeitszeit auf weit über 48 Stunden nicht nur eine Möglichkeit sondern eine Notwendigkeit. Aus diesem Grund dürften die Metallarbeiter den Schieds-spruch ablehnen.

SPD. Kopenhagen, 7. August (Eig. Drahtb.)

Der dänische Landwirtschaftsrat, in dem der grösste Teil der dänischen Landwirtschaft zusammengeschlossen ist, befasste sich am Donnerstag Abend mit der Frage, ob es nicht angebracht ist, in Zukunft hauptsächlich Waren aus den Ländern einführen zu lassen, die dänischer Ware mit grösserem Wohlwollen begegnen, als Deutschland. Von einem entsprechenden Beschluss wurde vorläufig abgesehen.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Die neuesten Jünger der Diktatur.

SPD. Die Wahlpropaganda des Zentrums gefällt sich darin, ihre Politiker in der Pose der starken Männer, sozusagen in einer Mussolinipose zu zeigen. Je eifriger das Geschäft betrieben wird, um so deutlicher rutscht diese Propaganda in die Kraftsprüche der Verfassungsfeinde und in den Hitlerjargon hinein. Beweis dafür sind Ausführungen, die der bekannte Jesuitenpater Muckermann in der "Essener Volkszeitung" veröffentlicht. Da heisst es:

"Es wird entweder ein arbeitsfähiges Parlament oder das letzte Parlament der Weimarer Zeit. Es wird sich entscheiden, ob die Anwendung des Artikels 48 in die Aera eines neuen Parlamentarismus hinein - oder aber aus der Aera eines heruntergewirtschafteten Parlamentarismus überhaupt herausführt. Wir wollen jetzt die Frage nicht untersuchen, das letzte Verantwortung vor dem Volk von einem Reichskanzler verlangen wird, der auch das jetzt zu wählende Parlament wieder nach Hause schicken müsste."

Das ist rund und nett der Jargon des Staatsstreiches. Ob die Herren, die ihn mit Kraftmeiergesten gebrauchen und sich daran berauschen, sich selbst darüber klar sind, was sie tun? Es ist sehr notwendig, dass über dies Kraftmeiertum eine gehörige kalte Dusche kommt. Sie wird ihm gegeben von einer Seite, von der die Herren es wahrscheinlich selbst nicht erwartet hätten. Der General von Lettow-Vorbeck hat gegenüber solchen Plänen in der "Kreuz-Zeitung" mahnend geschrieben:

"Eine andere Ansicht ist die: Man solle den Reichstag auflösen und immer wieder auflösen, bis er endlich die nationale Mehrheit habe, die wir brauchen. Es ist ungefähr die gleiche Logik, wie wenn ein Soldat nach einem abgeschlagenen Angriff immer wieder von neuem seine Truppe ansetzt, in der Hoffnung, einmal wird der Angriff doch glücken. Ein gefährliches Verfahren!"

In der Tat ein gefährliches Verfahren und am gefährlichsten für die, die es anwenden wollten! Die Zentrumspolitiker, die mit diesem gefährlichen Verfahren in Kraftworten spielen, können noch von Lettow-Vorbeck lernen. Ist es nicht bezeichnend, dass die neuesten Jünger der Diktatur gegen das Parlament ausgerechnet von dem General von Lettow-Vorbeck zur politischen Vernunft gemahnt werden müssen?

Die Tonart des schlechten Gewissens.

Im "Badischen Beobachter", dem Parteiorgan des Zentrums in Baden, schreibt der christliche Gewerkschaftsbeamte Fritz Kiefer das folgende gegen die Sozialdemokratie:

"Wir brauchen eine regierungsfähige bürgerliche Mehrheit am 14. September! Bei der entscheidenden Abstimmung im letzten Reichstag fehlten nur 15 Stimmen; um diese 15 Stimmen geht der Kampf. Wir wollen die Republik, aber nicht diejenige, die gut genug ist zu Zuhälterdiensten, wie es die Sozialdemokratie seit zehn Jahren macht."

Zuhälterdienste? Die Republik als Zuhälter, und wer ist die Dirne? Die Absicht der gemeinen Beschimpfung der Sozialdemokratie, die diesem Mann unversehens zu einer Beschimpfung der Republik wird, ist ganz offenkundig, sie fällt jedoch auf ihren Urheber zurück. Diese unqualifizierbare Tonart offenbart hasserfüllte Wut gegen die Sozialdemokratie, und noch immer hat Hass vor-

nehmlich den Gerechten gegolten! Die Republik, die Zuhälterdienste leistet - das ist eine Spitzenleistung des Gassentons, zu dem das schlechte Gewissen treibt.

Vom agrarischen Interessentenhaufen.

Der Landwirtschaftsverband Ostpreussen hat ein streng vertrauliches Rundschreiben über Steuerstundungsanträge versandt, in dem es heisst:

"Bekanntlich konnten die Steuerbehörden ohne Antrag Steuererleichterungen nicht gewähren. Die Landwirte müssen deshalb, wie wir immer betont haben, Stundungsanträge stellen. Wie wir vertraulich erfahren, sind in manchem Kreise nur in geringem Umfange Stundungsanträge gestellt, während in manchen anderen Kreisen kaum ungestundete Rückstände vorhanden sind, Da nach den gesetzlichen Bestimmungen die ungestundeten Steuerbeträge eingezogen werden müssen, so ist in verschiedenen Kreisen mit Zwangsmassnahmen in nächster Zeit zu rechnen. Wir bringen im nächsten Verbandsblatt eine kurze Notiz darüber, dass Stundungsanträge unbedingt gestellt werden müssen. Wir bitten jedoch, auch von dort aus immer wieder auf die Mitglieder einzuwirken, dass sie Stundungsanträge stellen. Da es in einzelnen Kreisen möglich ist, dass kaum ungestundete Steuerrückstände bestehen, so müsste es in allen Kreisen gehen."

Das ist die Aufforderung, dass jeder Landwirt grundsätzlich keine Steuern zahlen, sondern diese stunden lassen soll. Und das, obwohl die Landwirtschaft durch die neuen Steuern überhaupt nicht getroffen wird! Als die Grundzüge der neuen Steuern sichtbar wurden, rechnete die "Deutsche Tageszeitung" aus, dass die Deckungsvotlage, die dann in den Notverordnungen im wesentlichen wirksam gemacht worden ist, die gesamte Landwirtschaft mit bestimmt nicht mehr als 20 Millionen Mark direkt belasten würde. Sie fuhr dann fort:

"Als Entlastung aber ständen dieser Summe die Beträge gegenüber, die durch die Krankenkassenreform bei der Landwirtschaft eingespart wird. Nach der Vorlage der Regierung würde die Entlastung für die Landwirtschaft rund 30 Millionen Mark, also 50% mehr betragen als die Belastung durch die neuen Steuern und die Beitragserhöhung der Arbeitslosenversicherung."

Während also die arbeitenden Massen neue schwere Belastung tragen müssen die in die Hundert von Millionen geht, hat die Landwirtschaft eine Entlastung um zehn Millionen erfahren. Und nun will sie sich durch Nichtzahlen der verbliebenen Steuern noch ganz entlasten. Herr Reichsfinanzminister Dietrich! Wo ist der Interessentenhaufe?

Nationalsozialistische Erziehung.

Ein nationalsozialistischer Schmiedegeselle aus Leipzig stand vor dem Schöffengericht unter der Anklage der gefährlichen Körperverletzung. Er arbeitete in einer Werkstatt mit dem 15jährigen Lehrling. Als der Lehrling ihm nicht aufs Wort folgte, warf er mit einem glühenden Eisenstück nach dem Jungen sodass dieser blutüberströmt zusammenbrach und mit schweren Brandwunden fortgetragen werden musste. Dem Lehrling war das rechte Ohr vollständig durchgeschlagen, er war im Gesicht erheblich verletzt. Der Nationalsozialist fand milde Richter. Sie billigten ihm mildernde Umstände zu- wofür eigentlich - und verurteilten ihn zu 200 Mark Geldstrafe.

Dieser Schmiedegeselle ist ein roher und gewalttätiger Bursche, eine Schande für die Arbeiterschaft. Sein Verhalten gegenüber dem Lehrling zeigt, drastisch, wie man bei den Nazis die Jugenderziehung auffasst.

Ist es nicht charakteristisch, dass gerade derartige Rohlinge sich zu den Nationalsozialisten hingezogen fühlen? Und ist es nicht ebenso charakteristisch, dass sie für ihre Untaten väterliche Milde bei den Gerichten finden?

Aus aller Welt

Ein Indianerkrieg!

Rothauts Erfahrungen im kapitalistischen Zeitalter!

SPD. Die Indianerstämme von Oklahoma, die Osages und die Quapawes, liegen im bitteren Rechtsstreite mit der amerikanischen Bundesregierung, der zum grossen Leidwesen der klagenden Rothäute noch manches Jahr in Anspruch nehmen mag. Wie immer dreht es sich um wertvolle Petroleum-, Mineral-, Blei- und Zinkvorkommen, die vor einer Reihe von Jahren mit dramatischer Plötzlichkeit auf den ärmlichen Ländereien der Indianer entdeckt wurden und ihnen in Gestalt von Mutungsrechten und Gewinnanteilen riesige Einkommen eingebracht haben.

In diesen wenigen Jahren wühlten die Hände von kaum 3 000 Osages und eine Handvoll Quapawes im Golde, wie in einem unwiderstehlichen blendenden Wasserfall. Das Leben war ein unendlicher Märchenfilm; die Wirklichkeit war im Schatten verschwunden. Riesige Luxusautomobile mit vergoldeten Schlössern und ausgefallendsten Einrichtungen, grossartige Häuser, Weltreisen in den Staatskabinen der Ozeandampfer, die besten Erziehungsinstitute für ihre Kinder, alles das folgte den 350 Millionen Dollar, die sich unaufhaltsam über die glücklichen Besitzer ergossen. Wusch und Erfüllung war eins, wieder einmal sah der vergessene Indianer den geldgierigen weissen Bezwinger zu seinen Füssen. Der alte Manitou hatte sich seiner verstossenen Kinder wieder erinnert.

Aber wie alles Gute ist den fetten Jahren jetzt die magere Periode gefolgt, wenn man die Aufspeicherung der indianischen Einkommen unter Aufsicht der Bundesregierung als magere Periode bezeichnen kann. Die Produktion ist zurückgegangen, die Förderungskosten sind gestiegen. Die Petroleum- und Mineralpreise zeigen seit Jahren eine scharfe Abwärtskurve, und so haben sich die Gesellschaften nach besseren und profitableren Ausbeutungsmöglichkeiten umgesehen und sie auch in anderen Landesteilen gefunden. Mit dem Nachlassen des Geldstroms kam der wirtschaftliche Zusammenbruch vieler Familien. Zahlreiche Indianer sind bankrott und bis über den Hals in Schulden versunken. So griff die Bundesregierung im Interesse ihrer indianischen Schutzbefohlenen ein und ordnete die Konzentrierung der noch fliessenden Einkommen in einer Art Wärfeldfond an, der jetzt die stattliche Summe von 40 Millionen Dollar umfasst. Aus diesem Fonds erhalten die indianischen Bodenbesitzer eine jährliche Zuwendung von je 4 000 Dollar, sicherlich ein Betrag, der in Anbetracht der Tatsache, dass die Indianer auf ihren Reservationen leben, reichlich bemessen ist.

Das Eingreifen der Regierung fand den schärfsten Widerstand der Indianer die langsam auf den Geschmack gekommen waren. Da ihnen die Aufsicht der Behörden nicht passte, und sie sich überdies im Verschleudern ihrer Vermögen keine noch so gut gemeinten Vorschriften machen lassen wollten, liefen sie zu den Kadis und sind jetzt mit Hilfe teurer Anwälte bemüht, in den unbeschränkten Besitz des Wärfeldfonds zu kommen. Dieser Fonds umfasst nur die Einkommen der reinblütigen Indianer und bezieht sich nicht auf die mischblütigen Stammesmitglieder, die über ihre Einkommen frei verfügen können. Leider steht den mischblütigen Indianern auch das Recht des Verkaufs ihrer Bodenrechte an die weissen Männer zu, mit dem unangenehmen Resultat, dass jetzt mehr als 700 000 Morgen ursprünglichen Bodenbesitzes der Osage-Nation in den Händen der Weissen sind.

Der Reichtumssegens, der gewissermassen über Nacht kam, hat manchmal Probleme geschaffen, die eines tragikomischen Einschlages nicht entbehren. Da

ist der vollblütige Osage-Indianer John Stink, der über 200 000 Dollar im Regierungsfonds deponiert hat, keinen Cent anrührt und sich auch nicht kümmert, was aus seinem Vermögen werden soll. Er lebt mit seinen drei halbwilden Hunden wie ein Eremit in einem halb verfallenen, ungestrichenen Holzhaus bei Pawhuska und lässt sich nur bei den seltensten Gelegenheiten inmitten seiner eigenen Stammesbrüder sehen. Daneben hasst er die Weissen wie die Sünde und geht ihnen unter allen Umständen in einem weiten Bogen aus dem Wege.

Dafür treiben es die andern umso wilder, besonders wenn die Frauen dahinterstecken. Allein in den letzten fünf Jahren haben 60 Quapaws 6 500 000 Dollar an Mutungsrechten für ihre Mineralvorkommen erhalten und... bis auf den letzten Cent ausgegeben. Jetzt hat sich die Regierung weiterer 4 Millionen Dollar angenommen und lässt sie nicht heran, obgleich sie Himmel und Hölle in Bewegung setzen. Einzelne Fälle sind nicht weniger schön und zeigen deutlich die Verwirrung, die der Geldfluch unter diesen einfachen Naturkindern angerichtet hat. Frau Frances Goodeagle, die Witwe eines Quapaw-Chefs, erhielt in fünf Jahren 650 000 Dollar und besitzt davon noch knappe 30 000 Dollar. Ruth Dehannis, recht hübsch und bis auf Geldfragen ganz gescheit, erhielt mehr als eine halbe Million Dollar und besitzt heute mit Ausnahme von 50 000 Dollar im Regierungsfond keinen Cent mehr. Anna Slage gab in vier Jahren 600 000 Dollar aus, besitzt aber noch 300 000 Dollar, an die sie nicht herankommen kann. Den Höhepunkt schoss die Familie des Weissen Vogels ab, die in vier Jahren die Kleinigkeit von 2 Millionen Dollar verausgabte, sich aber mit dem angenehmen Gefühl begnügen kann, weitere 700 000 Dollar im Regierungsfonds sicher zu haben. Im Lichte dieser Beispiele sieht es kaum so aus, dass die Indianer mit ihrer Forderung auf Herausgabe der Fondsgelder viel Glück haben werden.

+ + +
Die zartbesaiteten Nazimörder.

Sie leiden an "seelischen Depressionen" - Schluss der Beweisaufnahme in Röntgentaler Prozess.

SPD. Berlin, 7. August (Eig. Bericht)

Der Prozess gegen die Röntgentaler nationalsozialistischen Mordbuben geht seinem Ende entgegen. Am Donnerstag wurden die letzten Zeugen vernommen, das Bild des bestialischen Ueberfalls von Röntgental, der, sowohl, was die Grausamkeit der Tat, als auch das Alter der Täter anbetrifft (die Angeklagten sind z.T. erst 15 und 16 Jahre alt) wohl einzigartig in der politischen Kriminalgeschichte der letzten Jahre dasteht, rundet sich. Auch der letzte Tag brachte noch manchen Zusammenstoss mit Herrn Becker, der das Streiten nicht lassen kann. Der Kaufmann Max Lang, ein 46jähriger, besonnen und vorsichtig vor Gericht auftretender Mann, bestätigt noch einmal die Aussagen der zahllosen anderen Belastungszeugen, die im Verlauf der letzten neun Tage den blutigen Verlauf des Röntgentaler Mordabends gezeichnet haben. Als die Verteidigung den Zeugen als unglaubwürdig hinstellt, springt der Staatsanwalt auf und bittet den Verteidiger, sich ein wenig zu mässigen.

+
Plötzlich kommt es zu einer kleinen Ueberraschung. Der sehr korpulente, asthmatisch schnaufende Rechtsanwalt Klaus erhebt sich und stellt den Antrag, seinen Mandanten, den Mörder-Schüler Schlenter gegen eine Kautions von 1000 Mark aus der Haft zu entlassen, angeblich, weil er an "stärksten seelischen Depressionen" leide. Von diesen "Depressionen" hat man bisher allerdings nichts gemerkt. Der Schüler Schlenter gehört zu denjenigen Angeklagten, die am schnoddrigsten und am verstocktesten antworten und durch ihre provokatorische Art, frech alles, auch das längst Erwiesene, zu leugnen, immer wieder den Gang der Verhandlung zu stören suchen. Das Gericht will sich über den Antrag des besorgten Herrn Klaus später schlüssig werden.

+

Interessant gestaltet sich die nochmalige Vernehmung des Untersuchungsrichters Zimmer, dem Verteidiger und Angeklagte vorwerfen, dass er tendenziöse Untersuchungsprotokolle angelegt habe. Herr Becker, immer dabei, wenn es ein wenig Gift zu spritzen gibt, fragt den Zeugen, ob es wahr sei, dass er in der Untersuchung die die Angeklagten entlastenden Dinge nicht protokolliert, dagegen alles, was die Angeklagten verdächtigt machte, ausführlich aufgezeichnet habe. Der Untersuchungsrichter verwahrt sich mit Nachdruck gegen die Insinuation, dass er gegen seine Pflichten als objektiver Untersuchungsführender verstossen habe. Auch in diesem Fall muss der Staatsanwalt den Verteidiger wieder energisch in seine Schranken zurückweisen. Am späteren Nachmittag unterbreitet Professor Brüning, der Gerichtssachverständige, den Richtern seine Thesen über die mutmasslichen Geschosswirkungen und die Art der benutzten Waffen. Seine Ausführungen unterstützen im wesentlichen die Anklage, wenn der Sachverständige auch wegen der Länge der Zeit keine exakten Schlussfolgerungen mehr ziehen kann. Am Abend fand dann in Röntgental der schon vor einigen Tagen geplante Lokaltermin statt, der das gegen die nationalsozialistischen Mörder vorliegende Schuldmaterial noch verstärkte und vertiefte. Nach den Plädoyers, die wohl einige Tage in Anspruch nehmen werden, wird das Urteil im Laufe der nächsten Woche erfolgen.

+ + +
Muttermord in Berlin W.

25 jähriger Literat ersticht seine Mutter in der Badewanne - Grauensvoller Sadismus - das Lügengewebe eines Phantasten.

SPD. Eine entsetzliche Bluttat hat sich in der Nacht zum Donnerstag in einem Hause der Joachim Friedrichstrasse in Berlin-Halensee ereignet. Der 25jährige Literat Balitrop Neuhaus Thielecke hat seine 47jährige Mutter, Frau Camilla von Pzöckell-Thielecke-Neuhaus in der Badewanne erdolcht. Die Motive der Tat sind noch nicht im Letzten geklärt. Der Mörder, der sich selbst der Polizei stellte, und vorgibt, in Notwehr gehandelt zu haben, ist ein ziemlich hysterischer, jähzorniger Mensch von starkem Geltungsdrang und wilder Phantasie - aber damit ist natürlich noch nichts gesagt über die rätselhaften Tiefen eines Charakters, der einer so grauenvollen Tat fähig ist.

Frau von Pzöckell, die Mutter des Täters, war zwei Mal verheiratet gewesen, ihr erster Mann - der Ehe mit ihm entstammte Balitrop - fiel im Weltkrieg, der zweite hinterliess ihr den adligen Namen, sonst nichts: nach einmonatlicher Ehe machte er sich auf und davon. Frau von Pzöckell nährte sich redlich durch ihrer fleissigen Hände Arbeit mit Näherei und Schneiderei. Ihr Sohn verdiente nichts, hatte nur wirre Gedanken und grosse Rosinen im Kopf, protzte mit seinen angeblichen Abenteuern in Cuba und Mexiko - tatsächlich war er schon mal in Amerika - wollte an der Columbia-Universität in Amerika studieren, hielt sich für ein verkanntes Genie, schrieb höchst mittelmässige Zeitungs-Feuilletons, für die er indes angesichts des auch hier herrschenden Konkurrenzkampfes keine Abnehmer fand...: ein bitteres Los insbesondere für die Mutter, der der Sohn zur Last fiel, ein bitteres Los auch für die junge Frau des 25 Jährigen, von der er übrigens auch schon ein 7 Monate altes Kind hatte, das er hasste, weil es ihm in der Berufsfreiheit im Wege war

Wie sich die Tat in ihren Einzelheiten abgespielt hat, ist vorläufig noch nicht ganz geklärt. Die Kriminalpolizei steht den mit zynischem Lächeln vorgebrachten Angaben des Mörders mit berechtigtem Misstrauen gegenüber. Neuhaus-Thielecke, der sich übrigens auch in einer merkwürdigen Neigung zu allem Indischen Calis Sujamani nennt, will am Spätabend des Mittwoch mit seiner Mutter zusammen im Badezimmer der kleinen Wohnung gewelt haben. wo die Mutter zwischen 11 und 12 Uhr nachts in Anwesenheit des Sohnes ein Bad genommen haben soll. Neuhaus-Thielecke will auf einem Hocker neben der Wanne gesessen haben, um mit seiner Mutter eine von ihr geplante Reise nach Chemnitz zu besprechen, wohin sie zur Beerdigung ihrer Schwester habe fahren wollen. Plötzlich sei der

Mutter die Seife entglitten, der Sohn habe sie aufheben wollen, gleichzeitig aber das Knacken einer Pistole gehört - er glaubte, dass ihn die Mutter erschiesse wolle. In der Notwehr habe er zu dem amerikanischen Dolch gegriffen, den er stets bei sich trage und die Mutter erstochen.

Als sich die Beamten des Polizeireviere, dem sich Neuhaus-Thielecke gestellt hatte, mit dem Mörder in die kleine bescheidene Gartenhauswohnung begaben, die über Nacht zum Tatort eines so entsetzlichen Geschehens geworden war, da fanden sie in der Ecke des Badezimmers die Leiche der Frau von Pzöckel in Leinentücher verpackt und mit Wäscheleinen verschnürt. Der Körper wies zahlreiche Stichverletzungen auf, einige auch in der Halsgegend, An den Kacheln des Zimmers glänzten frische Blutstropfen. Es ist ziemlich offenbar, dass der Mörder die Leiche seiner Mutter heimlich hatte fortschaffen wollen, später aber diesen Versuch als zu riskant aufgab. Die weitere Besichtigung am Tatort ergab, dass der Mörder sich ein ziemliches Räubermärchen ausgedacht zu haben scheint, um einen Fall von Notwehr glaubhaft zu machen. Es wurde z.B. sofort festgestellt, dass weder die Pistole noch der Dolch mit dem Badewasser in Berührung gekommen waren. Auch die Untersuchung der Leiche im Schauhaus widerlegt die Notwehrtheorie. Der entartete Sohn scheint seine Mutter vorsätzlich in mörderischer Weise überfallen zu haben. Noch bis zuletzt hielt Neuhaus-Thielecke an seiner phantastischen Erzählung fest; nach den Motiven befragt, die seine Mutter zu der Absicht, ihn zu ermorden, getrieben haben könnten, erklärt er, dass sie schon seit langem Anwandlungen von Wahnsinn gezeigt habe. Aber im Laufe der Vernehmungen verwickelte sich der Mörder dann doch mehr und mehr in Widersprüche und brach schliesslich bei der Aufforderung, ein offenes Geständnis abzulegen, völlig zusammen. Auch die 24jährige Frau des Mörders wurde auf dem Berliner Polizeipräsidium einer Vernehmung unterzogen.

+ + +
Verunglücktes Postflugzeug. In der Nacht zum Donnerstag ist das Nachtpostflugzeug "D 1826", das die Strecke Stralsund-Stockholm befliegt, auf der Fahrt in Richtung Schweden aus noch nicht aufgeklärter Ursache verunglückt. Trümmer der Maschine wurden in der Nähe von Stora Askoe nördlich Vaesterwiks aufgefunden. Der Rumpf des Flugzeuges liegt unter Wasser. Der Flugzeugführer Langanke und der Telegraphist Lindemann scheinen bei der Katastrophe ums Leben gekommen zu sein.

+ + +
Das 64. Lübecker Opfer. Die Zahl der Lübecker Calmette-Opfer hat sich auf 64 erhöht.

+ + +
Hunderttausend falsche Urkunden! In Besarabien ist eine Dokumentenfälscherzentrale aufgedeckt worden, die seit über zehn Jahren besteht. Man nimmt an, dass sie mehr als 100 000 gefälschte Staatsbürgerurkunden in Umlauf gesetzt hat.

+ + +
Der Sieger im Europa-Rundflug. Am Donnerstag mittag wurde in Staaken die letzte Prüfung des Europa-Rundfluges beendet. Sieger wurde wie im Vorjahr der deutsche Flieger Morzik, Zweiter wurde Poss, dritter Notz, vierter Miss Spooner, fünfter Carberry.

+ + +
Flucht vor der Steuer. Der Apotheker Jesse aus Saalfeld, der dem Finanzamt noch 35 000 Wertzuwachssteuer schuldet, ist heimlich nach der Schweiz abgereist. Vorher hatte er seine Apotheke und sein Landhaus verkauft. Der gegen den Flüchtigen erlassene Haftbefehl wird wahrscheinlich erfolglos bleiben.

+ + +
Verurteilte Kommunisten. Die wegen Totschlags an den Stahlhelmmann Malchert angeklagten kommunistischen Arbeiter Willy Voigt, Joseph Howanski, Karl Scharf und Otto Harnack sind vom Schwurgericht III in Berlin zu Gefängnisstrafen von neun Monaten bis fünf Jahren verurteilt worden.

Gewerkschaftliche Rundschau *

Verwirrungsmanöver.

Zum Berliner Metallkonflikt.
Von Max Günther.

SPD. Der Verband Berliner Metallindustrieller operiert in seinen Versuchen zur Rechtfertigung der Massenentlassung von Angestellten in der Berliner Metallindustrie mit Vorliebe mit der Behauptung, dass die Zahl der Arbeiter in einem starken Missverhältnis zu der Zahl der Angestellten stehe. Der Zweck dieser Behauptung ist leicht zu erkennen. Er will die Arbeiter gegen die Angestellten ausspielen und der Öffentlichkeit einreden, dass auf die Angestellten bei den Entlassungen bisher ganz besonders Rücksicht genommen worden sei.

Wie steht es mit dem angeblichen Missverhältnis zwischen Arbeiter- und Angestelltenzahl? In einer vom Verband Berliner Metallindustrieller in der Vossischen Zeitung vom 5. August erschienenen Notiz, worin in der Hauptsache die Argumente des Herrn Rechtsanwalt Oppenheimer in dem mit mir geführten Rundfunkgespräch wiederholt werden, wird hervorgehoben, dass seit Jahresfrist die Zahl der gewerblichen Arbeiter um mehr als 20% zurückgegangen sei, während die der Angestellten in denselben Firmen und in der gleichen Zeit sich noch nicht um 7% verringert habe. Bereits im Rundfunk habe ich darauf hingewiesen, dass es sich nur scheinbar um ein Missverhältnis, in Wirklichkeit dagegen um das Ergebnis einer durch die Rationalisierung bedingten Entwicklung handelt. Nach den Feststellungen des Verbandes Berliner Metallindustrieller ist die Zahl der Arbeiter in seinen Mitgliedsfirmen vom 1. Juli 1919 von 163 541 auf 183 633 am 1. Juli 1929 - also in genau 10 Jahren um 12,4% gestiegen. In dem gleichen Zeitraum wies die Zahl der Angestellten eine Steigerung von 40 370 auf 61 481, also um 52,5% auf. Betrachtet man die Entwicklung der Arbeiter- und Angestelltenzahl für den Zeitraum vom 1. Januar 1928 bis zum 1. Juli 1929, für sich, so ergibt sich, dass während dieser Zeit die Arbeiterzahl von 197 729 auf 183 633 gesunken ist, während die Zahl der Angestellten von 55 954 auf 61 461 anwuchs. In diesem relativ kurzen Zeitraum steckt also eine stetige, wenn auch allmähliche, Senkung der Arbeiterzahl einem prozentual stärkeren Anwachsen der Angestelltenziffer gegenüber. Für die Jahre 1928/29 weist die Entwicklung der Arbeiter- und Angestelltenzahlen eine entgegengesetzte Tendenz auf, ohne dass während dieser Zeit guter, zumindestens aber erträglicher Konjunktur von einem "Missverhältnis" gesprochen wurde. Mit weit grösserer Berechtigung hätte man in diesem Zeitraum von einem Missverhältnis sprechen können, da ja in der gegenwärtigen Zeit nach den eigenen Angaben des VBMI diese entgegengesetzte Entwicklungstendenz nicht mehr zu beobachten ist, wenn auch die Verminderung der Angestelltenzahl in geringerem Ausmass als die Verminderung der Arbeiterzahl vor sich gegangen ist.

Vom VBMI wird bewusst verschwiegen, dass die geringfügige Steigerung der Arbeiterzahl, ja sogar die spätere starke Senkung der Arbeiterzahl mit einer ständigen starken Vermehrung der Produktion verbunden war. In den "Osram-Nachrichten" vom 15. August 1929 wird nachgewiesen, dass in der Zeit von Januar 1920 bis zum Januar 1929 die Arbeiterzahl in diesem Unternehmen von 13 484 auf 9 093, also um 55% vermindert wurde. In dem gleichen Zeitraum ist in den Osramwerken die Lampenproduktion von 5 092 427 auf 10 341 841 Stück, also um 103% gestiegen. Aus dieser wahrscheinlich allgemeinen Steigerung der Produktion bei sinkenden Arbeiterzahlen erklärt sich ziemlich einfach:

das sogenannte Missverhältnis. Man war in der Lage, mit einer stark verringerten Arbeiterbelegschaft die Produktion wesentlich zu steigern. Unmöglich war es jedoch, mit einer auch nur gleichbleibenden Angestelltenbelegschaft die erhöhten Produktionsmengen abzusetzen; vielmehr wurde dazu eine grössere Zahl von Angestellten benötigt. Der Verband Berliner Metallindustrieller bestätigt das selbst, wie aus seinen "Mitteilungen" vom 25. Februar dieses Jahres hervorgeht. Es heisst da: "Die Abweichung der Entwicklungslinien der Arbeiter- und Angestelltenbelegschaft ist aus dem andersartigen Aufgaben der Angestellten im Unternehmen zu erklären. Während die Höhe der Arbeiterbelegschaft fast ausschliesslich abhängig ist von dem jeweiligen Umfang der Erzeugung, ist die Höhe der Angestelltenbelegschaft nicht im gleichen Masse durch sie bestimmt. In Zeiten schlechter Konjunktur werden sogar oft mehr Angestellte beschäftigt, um Aufträge hereinzubringen, z.B. Propagandisten, Vertreter usw. oder um den Betrieb umzustellen. Bevor der technische Betrieb wieder in Gang kommt, werden bereits in den Konstruktionsbüros mehr Arbeitskräfte gebraucht. Dazu kommt, dass für Angestellte längere Kündigungsfristen bestehen und dass eine eingearbeitete Angestelltenbelegschaft nicht so schnell ersetzbar ist."

Die Widersinnigkeit der ganzen Abbauaktion in der Berliner Metallindustrie wird mit dieser Aeusserung des Unternehmerverbandes hinreichend gekennzeichnet. Man könnte noch einwenden, dass die Produktionssteigerung mit den Umsatzziffern nichts zu tun habe, da ja behauptet werde, dass der Umsatz in den letzten Monaten katastrophal zurückgegangen sei. Das ist zunächst eine Behauptung, deren Richtigkeit in vollem Umfang zur Zeit weder widerlegt noch bewiesen werden kann. Vergleichen wir jedoch einmal die Umsatz- und Gewinnziffern der wichtigsten Unternehmungen der letzten Jahre, dann ergibt sich folgendes Bild:

Der Siemenskonzern gehört zu den Firmen, die die grössten Gewinne machen und über die grössten Reserven verfügen. Die Gewinne seiner Aktionäre sind in den letzten 5 Jahren von 10,8 auf rund 25 Millionen Mark, also um rund 150% erhöht worden. Wenn er im letzten Jahr eine Dividende von "nur" 14% verteilte, so gibt das keinen Aufschluss über die Höhe der tatsächlichen Gewinne. Bei der Ausschreibung einer 150-Millionen-Mark-Anleihe in Amerika hat er für das letzte Geschäftsjahr selbst einen Reingewinn von 44¹/₂% des Aktienkapitals angegeben. Die Handelspresse war sich einig, dass auch diese Angabe noch hinter der Wirklichkeit zurückbleibt. Der AEG-Konzern weist gleichfalls in den letzten 5 Jahren ein Ansteigen seiner Reingewinne von 8,3 auf 19,2 Millionen Mark auf. Die Dividendensummen sind in der gleichen Zeit um fast 100% gestiegen. Während die Belegschaft in den letzten 3 Jahren um mehrer tausend Mann abgebaut wurde, stieg der Umsatz in diesem Zeitraum von 400 auf 580 Millionen Mark. Die Bergmann-Elektrizitäts A.G. konnte seit 1926 ihren Umsatz ununterbrochen erhöhen. Auch hier blieb die Dividende von 9% in den letzten Jahren sich gleich. Auch hier Verringerung der Belegschaft und Erhöhung der Arbeitsleistung.

Mit der Finanzlage kann also weder ein Gehaltsabbau noch die Massenentlassung der Angestellten gerechtfertigt werden. Man hat beides getan: das Gehalt verkürzt und Massenentlassungen vorgenommen. Der Gehaltsabbau ist in tarifwidriger Weise durchgeführt worden. Keine noch so geschickten Verdreherkünste können darüber hinwegtäuschen, dass die Berliner Metallindustriellen in ihrem Vorgehen gegen die Angestellten nur rücksichtslose und engstirnige Unternehmerwillkür geoffenbart haben.

SPD. Die Volkskonservativen machen zur Zeit ein grosses Gemäre von ihrer angeblichen Abneigung gegen die Wirtschaftsfriedlichen. Dazu bemerkt ein Unternehmerorgan, die Kölnische Zeitung, trotz des Einflusses der Lambachgruppe sei eine restlose Klärung über die Stellung der Konservativen zu den Gewerkschaften noch immer nicht gegeben; denn bei den übrigen Bestandteilen der Konservativen Volkspartei dürfte eine eindeutige Ablehnung der Gelben nicht auf unbedingten Beifall zu rechnen haben.

SPD. Die ostpreussischen Landarbeiter sollen weiter hungern. Das ist der Sinn des dieser Tage gefällten Schiedsspruchs zur Neuregelung der Landarbeiterlöhne in Ostpreussen. Der Schiedsspruch lautet: "Der Rahmentarifvertrag und die Lohnabkommen für die in der Landwirtschaft tätigen Landarbeiter werden bis zum 31. März 1931 verlängert. Die Forderungen auf Lohnerhöhung werden abgelehnt ebenso die übrigen Forderungen zum Manteltarifvertrag".

Der Schlichter - anscheinend ein Neuling in der landwirtschaftlichen Lohnpolitik - fügte sich den Willen der Arbeitgeber. Diese haben jede Lohnerhöhung abgelehnt. Der Wunsch der ostpreussischen Agrarier war für den Schlichter Befehl. Nur den zahlenmässig kaum ins Gewicht fallenden Gruppen der Gutshandwerken und Gutsgärtner wurden im Schiedsspruch minimale Zulagen bewilligt. -

Den Grossgrundbesitzern Ostpreussens fließen viele Millionen zu; den Landarbeitern wird zugemutet, weiter zu hungern. Sie sollen sich auch in Zukunft mit einem Lohn zufrieden geben, der der niedrigste der ganzen deutschen Landwirtschaft ist. Und da sollen die Landarbeiter noch Vertrauen zu den Schlichtungsinstanzen haben! Die Verantwortung für die Folgen, die sich aus dem Schiedsspruch für die ostpreussische Landwirtschaft ergeben, tragen der Schlichter und seine Ratgeber.

Eine Erkenntnis müssen die ostpreussischen Landarbeiter aus diesem Schiedsspruch schöpfen: in der deutschen Republik gibt es keine soziale Gerechtigkeit, wenn die deutsche Arbeiterschaft sie nicht selbst schafft. Bei der Wahl im September ist Gelegenheit, den Weg zu einer sozialen Republik von neuem zu bahnen.

SPD. Ueber die Pläne des Reichsarbeitsministeriums auf dem Gebiet der Unfallversicherung hat Ministerialdirektor Dr. Grieser auf der Tagung des Gewerkvereins der christlichen Bergarbeiter in Aachen einige Mitteilungen gemacht. Er erklärte, er habe den Reichsarbeitsminister Stegerwald bereits Reformvorschlge unterbreitet. Die Unfallversicherung sei bisher nur eine Angelegenheit der Arbeitgeber gewesen. Die Reform bezwecke, den Arbeitnehmern bei Erlass und Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften gleiches Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Das Reichsarbeitsministerium trete für das paritätische Mitbestimmungsrecht zugunsten der Unfallversicherten ein. Es steht auf dem Standpunkt, dass die Gesetzgebung in der Unfallversicherung nicht abgeschlossen sein könne. Man gehe auch mit dem Gedanken um, die Unfallversicherung auf Betriebe auszudehnen, auf sie die bisher nicht zur Anwendung gekommen sei, so auf den Kleinhandel und das Kleingewerbe. -

Das klingt so, als ob durch Stegerwalds Initiative neue wichtige Reformpläne für die Unfallversicherung ausgearbeitet würden. In Wirklichkeit handelt es sich hier in der Hauptsache um Dinge, die bereits längst im Fluss waren, bevor Stegerwald die Geschäfte des Reichsarbeitsministeriums übernahm.

SPD. Der französische Arbeitsminister hat sich am Donnerstag nach langen, mühevollen Verhandlungen mit dem Ärztesyndikat über die Beziehungen der französischen Aerzte zu den neu zu schaffenden Krankenkassen geeinigt. Es wurde ein Vertragsentwurf ausgearbeitet, das für alle Verträge zwischen Aerzten und Krankenkassen in Zukunft massgebend sein soll. Der Vertragsentwurf wird am Freitag im "Journal Officiel" veröffentlicht werden.

Wirtschaft Technik Handel

Deutsch-finnischer Skandal.

(Die Regierung ist verwundert und erklärt inoffiziell.)

SPD. Die durch die deutsch-finnischen Handelsabmachungen ausgelöste Boykottbewegung nimmt in Holland bedenklich zu. In Dänemark haben sich grosse Interessentenverbände mit der Angelegenheit beschäftigt; sie werden wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen mit einer scharfen Erklärung hervortreten. Die estnische Presse bezeichnet die deutsch-finnischen Verhandlungen als Bruch des auf die Dauer von 5 Jahren abgeschlossenen deutsch-estnischen Handelsvertrages. Wir sind auf dem besten Wege, uns in Handelskriege zu stürzen, dessen Folgen nicht abzusehen sind. Die agrарische Presse in Deutschland ruft hysterisch nach Gegenmassnahmen und wie wir den Reichsernährungsminister kennen, wird er nicht die nötige Festigkeit und Entschiedenheit besitzen, um Forderungen entgegenzutreten, die die Situation hoffnungslos komplizieren müssen.

Wenn die Boykottbewegung in Holland den Umfang, den sie heute tatsächlich bereits erreicht hat, annehmen konnte, so ist das wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Regierung schwieg und es vorzog, die nötigen Erklärungen nicht abzugeben. Angeblich, weil es sich bei den deutsch-finnischen Abmachungen um eine rein private Angelegenheit handele. Wir haben die Haltlosigkeit dieses Standpunktes schon des öfteren betont. Das Ausland fragt auch nicht nach subtilen Unterscheidungen und Haarspaltereien; das Ausland sieht nur, dass durch diese Abmachungen der Butterzoll von 27,50 auf 50 Mark erhöht werden soll. Erst als zahlreiche Industrie- und Handelskammern in Westdeutschland getrieben von berechtigter Sorge um den deutschen Warenexport, die Reichsregierung mit Eingaben und Bittschriften überschütteten, hat es die Regierung für notwendig gefunden, zu erklären. Aber auch nicht offiziell, sondern höchst inoffiziell. Sie hat sich dazu die "Industrie- und Handelszeitung" ausgesucht, die von der Regierung finanziert wird und hauptsächlich dem Zweck dienen soll, den deutschen Warenexport zu rördern. Das tut sie diesmal in höchst originelle Weise. In einem Artikel "Das Ausland und die deutsche Handelspolitik" wird erklärt, dass "die amerikanischen, spanischen, österreichischen und ungarischen Zollerhöhungen im Ausland mit ungleich grösserem Gleichmut hingenommen worden sind als die deutsche Absicht, einen einzigen Zollsatz, nämlich den Butterzoll zu erhöhen". Also die Regierung wundert sich und ist erstaunt über die Auswirkungen der deutsch-finnischen Abmachungen. Sie kann es nicht begreifen, dass sich das Ausland gegen eine offensichtliche Benachteiligung wehrt und rechnet dem Ausland vor, dass die Lasten der Butterzollerhöhung von 27,50 auf 50 Mark nicht die Butter produzierenden Länder, sondern die deutschen Verbraucher zu bezahlen haben.

Dieses Geständnis ist ebenso merkwürdig wie die ganze Entgegnung der Regierung. Der deutsche Verbraucher scheint für diese Regierung ein Packesel zu sein, dem man alles aufbürden kann, und dieser Packesel muss derselben Regierung gegenüber dem Ausland als der grosse Entschuldigungsgrund dienen. Merkt denn diese Regierung nicht, dass sie mit dieser Argumentation dem Ausland die Dummheit zumutet, zu glauben, dass ein verdoppelter Zollsatz die Buttereinfuhr nach Deutschland nicht verringert? Die betroffenen Gruppen im Ausland müssen diese Erklärung der Regierung geradezu als eine Verhöhnung und

Herausforderung empfinden. Und wenn die Regierung in ihrer Entgegnung verlautbart, "dass die Interessentenverbände in Holland den Verzicht Finnlands auf eine vertragliche Bindung und die Anwendung des deutschen autonomen Butterzolls unmöglich als Grund anführen können, den Boykott gegen deutsche Waren zu proklamieren", so befindet sie sich auf dem Holzweg.

Man kann angesichts der Erklärung der Regierung kaum annehmen, dass sie Oel ins Feuer giessen will. Dann ist sie aber tatsächlich so harmlos, dass sie von den Auswirkungen der deutsch-finnischen Handelsabmachungen überrascht und erstaunt ist. Wir sind weniger davon überrascht worden. Wenn Deutschland heute einem Boykott seiner Waren im Ausland gegenübersteht, so ist das nicht allein die Folge der Erhöhung des Butterzolls von 27,50 auf 50 Mark (die nebenbei gesagt noch nicht vollzogen ist), sondern es ist die ganze Agrarpolitik der letzten Zeit, die sich auswirkt. Man hat durch das Roggendumpling Deutschlands, durch die Erhöhung der Exportprämien dem Ackerbau anderer Länder geschadet. Die deutschen Interessenten drohen fortwährend den Holländern mit Gemüsezollerhöhungen. Man verspricht den deutschen Kreisen immer wieder die bald möglichste Erhöhung des Kleezolls, wie man ihnen die Erhöhung des Butterzolls versprochen hat. Jetzt kommt man über die einzig in der Handelspolitik dastehenden deutsch-finnischen Handelsabmachungen, die den Stempel der Unehrllichkeit an der Stirn tragen, dazu, den Butterzoll erhöhen zu wollen. Kann man sich wundern, wenn das Ausland sich wehrt? Darüber kann schliesslich nur eine Regierung erstaunt sein, die eine derart kurzsichtige (aber leider auch gefährliche und bedenkliche) Agrar- und Handelspolitik macht wie das Kabinett Brüning-Schiele.

SPD. Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, in dem seit Dienstag schöne Reden über Preissenkung und andere Dinge gehalten worden sind, fasste am Donnerstag den Beschluss, eine Kommission einzusetzen. Diese Kommission soll, wie der "Sozialdemokratische Pressedienst" erfährt, den Entwurf einer Antwort auf die Frage der Regierung, wo und wie die Preise zu senken seien, fertigstellen. Man hofft, dass der Entwurf Mitte nächster Woche vorliegen wird. Dann soll der Wirtschaftspolitische Ausschuss weiter über die Angelegenheit befinden.

Das beweist nur, dass der Preissenkungsaktion der Regierung Brüning-Schiele das bekannte Begräbnis I. Klasse beschieden ist. Wir zweifeln nicht daran, dass in der ausstehenden Antwort der Kommission viel Nützliches und viel Brauchbares gesagt werden wird. Ob aber diese Antwort vom Reichswirtschaftsrat gebilligt wird, das steht auf einem anderen Blatt. Darüber wird auch noch viel Wasser in den Rhein fliessen. So hat die Regierung die Verantwortung für die steckengebliebene Preissenkungsaktion geschickt dem Reichswirtschaftsrat aufgebürdet. Die Regierung wird sich wahrscheinlich auf ein Theatercoup, auf die Senkung einiger Markenartikelpreise beschränken; im übrigen geht der Kartellunfug weiter.

SPD. In den Erörterungen über Massnahmen zur Linderung der Wirtschaftskrise spielt der Strassenbau eine grosse Rolle. Durch ein grosszügiges Strassenbauprogramm würde man Hunderttausenden von Arbeitern Brot geben können. Ausserdem ist die Erneuerung und der Ausbau unseres Wegenetzes dringend geboten. Es besteht die Gefahr, dass die Strassen völlig ruiniert werden. Die Unterlassung wird später doppelte und dreifache Aufwendungen erfordern.

Ein grosszügiges Wegebauprogramm kann, wie u. a. die Studiengesellschaft für Automobilstrassenbau auf ihrer letzten Tagung in Danzig mit Recht festgestellt hat, nur mit Hilfe von Auslandskapital durchgeführt werden. Vorarbeiten, eine grössere Strassenbauanleihe im Auslande aufzunehmen, sind auch schon

vor geraumer Zeit in Angriff genommen worden. Diese Vorarbeiten sind aber jetzt ins Stocken geraten und zwar soll, wie der "Soz. Pressedienst" erfährt, die Reichsbank Bedenken erhoben haben. Jedenfalls muss man es auf die Einmischung der Reichsbank zurückführen, dass bestimmte in Aussicht genommene Schritte nicht getan werden.

Ohne Strassenbauanleihen wird es aber in Deutschland kaum einen Strassenbau geben, der den Arbeitsmarkt wesentlich entlasten könnte.

Wir bedauern das und richten deshalb an die Regierung die Frage, wie sie sich die Weiterentwicklung der ganzen Angelegenheit denkt? Wir können uns nicht vorstellen, dass die Regierung durch Einmischung einer aussenstehenden Stelle sich das wichtigste Stück aus ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm herausbrechen lässt.

SPD. Der Zentrumspresse ist die Rede Breitscheid in Köln schwer auf die Nerven gefallen. Da sie nichts Sachliches zu entgegnen weiss, muss sie ihre Polemik mit sehr zweifelhaften Mitteln bestreiten. Eine besondere Rolle spielt dabei die Sondersteuer der Konsumvereine. Der Führer der Christlichen Genossenschaften, Reichstagsabgeordneter Schlack, hatte von der Tribüne des Reichstags die Regierung Brüning wegen dieser Ausnahmesteuer "die reaktionärste Regierung seit der Revolution" genannt. Um die Wirkung dieser vernichtenden Anklage hinterher wieder abzuschwächen, hat Herr Schlack im "Deutschen" eine Erklärung veröffentlicht, in der er die Sozialdemokratie beschuldigte, im Jahre 1922 selbst gegen die Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer gestimmt zu haben. Aus Mangel an geeigneterem Agitationsstoff versucht jetzt die "Germania" diese Geschichte wieder aufzuwärmen. Sie wird dadurch nicht richtiger.

Im Jahre 1922 handelte es sich um ein grosses Steuerkompromiss zwischen der Mehrheitssozialdemokratie und den bürgerlichen Regierungsparteien zu dem Zwecke, dem weiteren Währungszerfall Einhalt zu gebieten. Bei diesem Kompromiss durch das umfangreiche Steuererhöhungen, insbesondere bei den Besitzsteuern, vorgenommen wurden, konnte die Sozialdemokratie die Befreiung der Genossenschaften nicht durchsetzen. Gerade das Zentrum drohte, das ganze Kompromiss zu Fall zu bringen, wenn die Genossenschaften von der Umsatzsteuer befreit würden. Um nicht das ganze Steuerkompromiss zu gefährden, musste daher die Mehrheitssozialdemokratie ihren Befreiungsantrag zurückziehen und den Antrag der Unabhängigen, die nicht an der Regierung beteiligt waren, ablehnen. Hätte damals das Zentrum mit der Sozialdemokratie für die Befreiung der Genossenschaften gestimmt, so wäre sie beschlossen worden.

Aber 1922 handelte es sich überhaupt um etwas ganz anderes als um die Sondersteuer der Konsumvereine. Im Jahre 1922 sollte bei gleichzeitiger Erhöhung der übrigen Steuerlasten den Genossenschaften eine Sondervergünstigung - die völlige Befreiung von der Umsatzsteuer - eingeräumt werden. Im April dieses Jahres aber benutzte die Regierung Brüning die Gelegenheit allgemeiner Steuererhöhungen, um den Genossenschaften noch eine Sonderbelastung - die Erhöhung ihrer Umsatzsteuer von 0,85 auf 1,35 Prozent - aufzuerlegen. 1922 verhinderte das Zentrum die Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer. 1930 erkaufte sich der Zentrumskanzler Brüning durch die Ausnahmesteuer gegen die Genossenschaften die Zustimmung der Wirtschaftspartei zu seinen übrigen Steuerplänen. - In der ersten Erregung hat Herr Schlack die ganze Ungeheuerlichkeit dieses Kuhhandels auf dem Rücken der Genossenschaften durchaus begriffen und seiner Empörung den einzig richtigen Ausdruck gegeben. Hinterher aber hat er es sich anders überlegt. Jetzt möchte er seine "übereilte" Anklage gegen das Kabinett Brüning gern "wiedergutmachen" und muss daher zu Entstellungen des Tatbestandes seine Zuflucht nehmen.

Echo der amerikanischen Haussen.

(Berliner Getreidebörse vom 7. August.)

SPD. Die enormen Preissteigerungen an den amerikanischen Börsen konnten auf die Stimmung des Berliner Produktenmarktes vom Donnerstag natürlich nicht ganz ohne Einfluss bleiben. Zwar war man sich darüber klar, dass die Chicagoer Hausse nur auf tönernen Füßen steht. Völlig der Bewegung entziehen konnte man sich aber um so weniger, als sofort nach Bekanntwerden der Preissprünge jenseits des Ozeans das Inlandsangebot an Weizen und Roggen erheblich knapper wurde bzw. fast völlig verschwand. Da sich gleichzeitig wachsende Kauflust für Mehl namentlich zur Herbstlieferung zeigte, waren alle Vorbedingungen für steigende Notierungen auch am Berliner Platze gegeben. Die Preisgewinne erreichten am Markte der Zeitgeschäfte ein Ausmass für Weizen von 4 bis 5 und für Roggen von 2 bis 3 Mark. Beim prompten Brotgetreide waren die Gewinne um ca. 1 Mark geringer. Für Mehl waren die Forderungen der Mühlen teilweise stark erhöht, so dass sich die Käufer mehr zurückhielten. Auch Hafer hatte feste Tendenz.

	6. August	7. August
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	241 - 244	245 - 248
Roggen	158 - 159	160 - 161
Braugerste	-	-
Futter- und Industrierogerste	178 - 198	180 - 200
Hafer	180 - 188	182 - 190
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	29,50-37,00	29,75-37,75
Roggenmehl	22,50-25,00	22,50-25,00
Weizenkleie	9,50-9,80	9,50-9,80
Roggenkleie	9,50-10,80	9,50-10,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 264, Oktober 267 bis 268 $\frac{1}{2}$, Dezember 274-275 $\frac{1}{2}$. Roggen September 175-176, Oktober 179 $\frac{1}{2}$ -180, Dezember 189 $\frac{1}{2}$ -190. Hafer September 184. Oktober 185 $\frac{1}{2}$ -185 $\frac{3}{4}$, Dezember 191-190 $\frac{1}{2}$.

Amtliche Eiernotierungen.

(7. August)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trinkeier vollfrische, gestempelte, über 65 gr 12 $\frac{1}{4}$, 60 gr 11 $\frac{1}{4}$, 53 gr 10 $\frac{1}{4}$, 48 gr 9 $\frac{1}{4}$, frische Eier über 60 gr 11, 53 gr 9 $\frac{1}{2}$, aussortierte kleine und Schmutzeier 7. Auslandseier: Dänen 18er 12 $\frac{1}{4}$, 17er 11 $\frac{3}{4}$, Schweden 18er 12 $\frac{1}{2}$, 17er 12, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 11, Holländer 68 gr 12 $\frac{3}{4}$, 60-62 gr 11-11 $\frac{1}{2}$, Litauer grosse 10, normale 8 $\frac{3}{4}$, Rumänen 8 $\frac{3}{4}$ -9, Ungarn 9-9 $\frac{1}{4}$, Jugoslawen 9-9 $\frac{1}{4}$, Polen normale 8 $\frac{1}{4}$ -8 $\frac{3}{4}$, kleine, Mittel- und Schmutzeier 6 $\frac{3}{4}$ -7 $\frac{1}{4}$. In- und ausländische Kühlhauseier: Chinesen und ähnliche 6 $\frac{1}{2}$ -7. Witterung: schön, Tendenz: ruhig.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 7. August I. 139 Mark, II. 127 Mark, III. 111 Mark je Zentner. Tendenz! sehr ruhig.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S + P + D

Nr. 57

Berlin, den 7. August 1930

Wahlruf!

Ihr Frauen, die der Arbeit Not
Durch tausend dunkle Kammern trägt,
Ihr Frauen, die der Schrei nach Brot
Durch alle Elendswinkel fegt,

Ihr Frauen, die der Hämmer Schlag
Als Glockenklang durchs Leben führt,
Ihr Frauen, die Ihr jeden Tag
Die Fesseln Eurer Klasse spürt,

Ihr Frauen, die Ihr ewig schafft
Seht Eure Hände, breit und schwer,
Die Schwielen sind ein Bild der Kraft
Und all des Unrechts rings umher! -

Ihr Frauen, arbeitsmüde, gebückt
Millionen Hände sind bereit -
Zu lang geht Ihr ins Joch gebückt
Ihr Opfer der vergangnen Zeit!

Ihr Frauen, die die Sorge zwingt
Hört, wie der Sturmwind um Euch pfeift,
Ihr Frauen, die Ihr stündlich ringt
Hört, wie das Leben nach Euch greift! -

Das Leben, das der Zukunft gilt -
Hört Ihr den Sturm, er wird zum Meer -
Seht, wie es braust und kämpft und schwillt,
Millionen ziehen hinterher!

Die roten Fahnen glühn voran
Ein ganzes Volk dringt vor ins Licht,
Glaubt Ihr, dass man es zwingen kann?!
Zersplittert - ja! Vereinigt - nicht! -

Dies Volk, das ewig sich verjüngt,
Drängt keine Macht der Welt zurück -!
Ihr Frauen, kämpft, dass uns gelingt:
Auf altem Weg, ein neues Stück!

Kurt Kaiser Blüth.

"Sif, das Weib, das den Mord beging."

SPD. In einer lustigen Herrengesellschaft erzählte der Jüngste mit frecher Stupsnase, dem man soviel Gefühl nie zugetraut hätte, die folgende empfindsame Geschichte:

"Ich schlenderte durch die engen mittelalterlichen Strassen meiner Heimatstadt und staunte interessiert in das Gewühl von Menschen, das sich auf Bürgersteigen und Fahrbahn breitmachte. Es war ein frühlingsheller Sonnabend, der im Verein mit dem Bewusstsein: einen Ruhetag zu haben, gute Laune schuf und dann absichtslos tun lässt, was einem an gewöhnlichen Werktagen nie in den Sinn kommen würde.

Frei und ungebunden, wie neugeboren fühlte ich mich und in dieser frohen Gelöstheit für Alles empfänglich: so sind jene Stunden, die Eindrücke vermitteln und glücklich machen, wenn man hört und sieht und fühlt, was glücklich machen kann. Zum Fluch aber werden sie, stört ein Eindruck die Harmonie, denn er lebt mehr denn sonst fort, lebt in unsrem Leben sein eigenes, wird zum Schatten unsres Seins.

So war dieser Lenztage mein Verhängnis...

Wahllos liess ich Augen und Sinne Weg und Bahn. Ein junges Mädchen streifte meinen Arm und ich sah im Umwenden ein grünes Kleid, das einen weissen Nacken und schmale, lange Beine, die gute Zucht und Rasse verrieten, freiliess. Ueber die Strasse scholl ein langgezogener, wimmernder Trompetenton. Er entstammte einer riesigen Reklamezigarette, die von sechs phantastisch bunt gekleideten Männern getragen wurde. Im Laden eines Hutmachers erregte ein sandfarbener Hückel-Velour, "Das Neueste", mit unwahrscheinlich aufgeschwungener Krempe meine Aufmerksamkeit und mein Begehren. Das Schaufenster einer Buchhandlung zeigte neue Werke. Gleichgültig und interessiert zugleich las ich die Titel und fand eine neue Goethe-Ausgabe geschmackvoll ausgestattet. Darüber freute ich mich wie über meine andern Erlebnisse und hätte nun ruhig weitergehen können. Aber ich sah noch ein Umschlagbild, das rotes Haar auf schwarzem Grund mit den Umrissen eines phantastisch blassen Gesichtes zeigte, darüber stand in flammenendiger und gleichsam mit einem Schwamm zur Hälfte verwischten Fraktur: "Sif, das Weib, das den Mord beging".

Da zerris etwas in mir. Allmählich, in scheinbar wirkungsloser Dauer. Und doch: meine Gedanken gingen auf einmal in die Irre und nahmen nichts von der umgebenden Belebtheit auf wie bisher, vor meinen Augen aber tanzte plötzlich das Flammenbild des Buchumschlages und mein Gehör löste sich nicht mehr von dem Rhythmus: Sif, das Weib, das den Mord beging. Kein Abschütteln, keine Konzentration auf anderes half: das Bild, das Weib und der Mord frassen sich in meine Gehirnzellen ein, kreisten in dem Blut meines Körpers, tauchten in die rätselhaft-tiefsten Bezirke des Seelischen und beherrschten masslos Nerv und Sinne. Nächtelang war das Geschehnis Inhalt fürchterlicher Träume, tagelang der unbezwingbare Stoff meines Denkens. Ein Schleier tiefroten Blutes schien mich von allem gewöhnlichen Leben abzuschliessen...: Sif war das wunderschönste Weib... und die Morgue barg einen unbekanntenen Toten... ihre Tat. Nichts anderes mehr bewegte mich.

Es dauerte Wochen, bis "Sif" und ihre Mordtat in meinem Gedächtnis vererbten, ohne sich jedoch ganz zu verlieren. Zeitweise quälten mich noch blut-erfüllte Träume und an stillen Sommertagen, die geworden waren, geisterte in brütender Mittagshitze einer Fata Morgana gleich das Flammenbild vor meinen Augen, obwohl ich nie das Buch mehr sah, den Titel hörte.

Erfüllend wurde Herbst. In grandioser, satter Farbigkeit drängten sich die Wälder an die Strasse, als ich an einem hellen Oktobertage im Führersitz eines Sportwagens durch die Kornkammer Bayerns fuhr, dem Süden, München, zu. Die Konturen der Frauenkirche, schon deutlich sichtbar, schnitten gleichsam

ein Stück aus dem wolkenlosen glasigblauen Himmel, Vorstadthäuser drängten aus fernem Hintergrund, bis ein hässlich roter Pfeil die Fahrt an der Grenze der Stadt unterbrach. Ich wendete mich gleichgültig und da geschah es, dass mein Herzschlag stockte und kalkige Blässe mein Gesicht fühlbar überzog: riesenhafte Lettern an der Talmi=Marmorsäule eines Kinoportales kündeten: "Sif, das Weib, das den Mord beging". Vor meinen Augen stand in irrlichternden Umrissen das Bild des flammenhaarigen Mädchens und eine Minute spanne peitschte, raste, tobte "Sif..." durch mein Gehirn. Geistesabwesend lehnte ich mich in den Wangensitz zurück. Es halfen später nicht die bunten Eindrücke des Oktoberfestes, noch der tolle Wirbel waghalsigsten sportlichen Erlebens. "Sif" tanzte im Wachen und Träumen vor meinen Augen und schlug mit meinem Herzschlag ein eigenes Leben in mir.

Müde und zerschlagen fuhr ich nach Tagen heim, sah in der brennenden Farbigkeit der Herbstwälder am Weg vergilbtes Blut und hörte aus dem Sausen des Windes nichts als das Bekenntnis, dass Sif, das Weib, einen Mord beging. Es erschien mir schliesslich selbstverständlich, dass der erste Eindruck bei der Heimkehr wieder das Filmplakat mit "Sif" war; ich konnte mich nicht mehr wehren und nicht mehr darüber wundern, dass der Film in den Tagen meiner Reise ausgerechnet in meine Heimatstadt kam... ich konnte nicht mehr. Am Abend des selben Tages überfiel mich ein heftiges Fieber - - - .

+

Vieles erlebt man begeistert oder erschüttert, um es in unwahrscheinlich kurzer Frist wieder zu vergessen; Schwüre ewiger Liebe tauchen, als wären sie nie getan, in das fragwürdige Dunkel ihres Entstehens zurück. Nie aber werde ich vergessen, das Sif, das Weib, einen Mord beging, von dem ich heute noch nicht weiss und sicher niemals wissen werde, warum er in jenem Romanleben geschah."

Josef Rothhammer.

Weibliche Wasser=Silhouetten.

SPD. Beruf, Lebensmilieu und Weltanschauung geben dem Menschen das Gepräge; so kann der humorbegabte kritische Beobachter überall da, wo sich viele und verschiedenartige Menschen zusammenfinden, allerlei amüsante Studien machen

Das Sportgirl.

Es fügt sich der landschaftlichen Szenerie der Wassersportgebiete am besten ein. Es ist frisch, wettergebräunt, ja noch mehr als das: indanthrengefärbt, das heisst wasser=luft=und lichteicht. So ermattet es weder bei der glühendsten Backofenhitze, noch kann ihm der heftigste Wolkenbruch Entsetzen einflössen. Sport ist Lebenszweck geworden; einmal, weils zeitgemäss ist und dann auch, weil hier der moderne Mensch all jene Freiheit hat, die er benötigt. Im edlen Wettstreit mit dem stärkeren Geschlecht ist das Sportmädchel redlichst bemüht, alles typisch Weibliche nach Möglichkeit abzustreifen, als da sind: Koketterie, Pimpligkeit und Naschhaftigkeit. Dagegen tauscht man ja froheste und freieste Kameradschaft mit dem Mannsvolk ein - Sommernacht und Mondenschein sind zeitlose Begriffe - nährt sich mit einfacher, aber vitaminreicher Kost, die wiederum auf praktischem Wege schnellstens zuzubereiten ist. Da flitzen sie im Vierer oder im Achter vorüber, sonngebräunte, süsse Siebzehnjährige und legen sich nach dem kategorischen Imperativ ihres Steuermannes, dessen einstmalig zarter Sopran durch allzuviel Kaltluftgenuss in einen rauhen Mezzo verwandelt ward, mit aller Kraft in die Ruder, wie die Kerls. Rrruck, zuck, geht das, sie gucken nicht rechts, sie gucken nicht links; die schönste Landschaft kann ihnen gestohlen bleiben. Vorwärts wollen sie und statt süsser Pralinen schlucken sie voll Wonne Kilometer...

Die sorgende Hausfrau von gestern.

Also keine von denen, die eifrigst beflissen sind, das Zusammensein mit dem Kochtopf auf ein Minimum an Zeit zu beschränken, sondern Eine mit dem traditionellen, überstark entwickelten Verantwortlichkeitsgefühl für einen guten Happen pappen. Für sie bedeutet die sonntägliche Wasserfahrt nichts weiter, als eine Verlegung der Schmutzgel-Szenerie vom festen auf den schwimmenden Boden. Einem treuen, niemals murrenden Lasttier gleich schleppt sie die ob ihrer Fülle fast berstenden diversen Stadtkofferchen, Aktentaschen und Einholenetze an Bord der schwimmenden Familienkutsche. Während Vater den Schoner klar macht, hat sie anstrengendsten Hortnerinnendienst, denn Erna und Fritz, das Sprösslingspaar, vertreiben sich die Wartezeit mit allerlei Schabernack. Endlich heisst "alle Mann an Bord"; die Fahrt, reichlich gewürzt mit Stullenschmieren und erzieherischen Massnahmen, ist die einzige allzu kurze Schonzeit der Vielgeplagten. Sobald man den Anker wirft, gehts ans Kartoffelschälen, Suppe kochen, das zuhause bereitete Zusammengekochte warm machen, Salat und Kompott auf tun. So waltet und schuftet die züchtige Hausfrau, die Mutter der Kinder. Bald ist abgegessen, dann heisst es Geschirr reinemachen, selbstverständlich alleine, denn die Hilfsmannschaft hat sich längst in die Gebüsche verdrückt. So steht Mutter im prallen Sonnenschein, gebückten Hauptes und schrubbt und schrubbt im heissen Sande. Endlich geht auch dieser Schmerz vorüber und die Aermste beschliesst, jetzt Siesta zu halten. Aber Kuchen! Da kommt mit lautem Geheul Fritz auf einem Bein angehumpelt; er hat sich im Wasser einen Glassplitter eingetreten, will jetzt verbunden und bedauert werden. Allsogleich zückt die hilfsbereite Samariterin ihr Taschentuch zum Verbandszeug, eine Banane trockenet rasch die fliessenden Tränen und der Patient verschwindet wieder. "Aber jetzt" denkt Mutter "nu kriejen mich aber ooch keene zehn Pferde so schnelle wieder hoch!" Doch mit des Geschickes Mächten... "Mutter, Mutter, komm man schnell", quäkt Erna aus dem Wasser; "mir is det ganze Trikot uffgerissen, ick kann ja jarnich an Land gehen; komm man schnell mit eene Nadel und Garn!" Leise grollend, aber doch wieder am Posten, schürzt nun Mutter die Röcke hoch, zieht Schuhe und Strümpfe aus und geht dem allzufrei dekolletierten Badeengel mit Nadel und Faden behaftet im Wasser entgegen. Auch dieser Schaden ist glücklich repariert und Mutter legt sich aber jetzt endlich. Stöhnend reckt sie ihren müden Glieder, wischt sich den Schweiss von der Stirn und sendet einen dankbaren Blick nach dem blauen Himmel. Sie ist wieder ganz ausgesöhnt mit all der Plackerei von wegen der schönen Luft und det feine Jrin und det Wasser spiegelt jar so scheene. Vater, der mit seiner Siesta um ein Stündchen voraus ist, beginnt sich bereits wohlig zu räkeln, zündet sich die Piep an, blinzelt vergnügt in die Gegend und drückt sein Wohlbefinden in einem laut vernehmlichen Schrei "Mutter, was isn mit Kaffee?" aus. Erschrocken fährt die Gute, die eben sachte einge-druselt war, hoch und ganz im Bewusstsein ihrer Pflicht begibt sie sich an die Bereitung der Vespermahlzeit. "Ob man een Ochenblick Ruhe hat mit die vadammte Blase" murrst sie in den Dampf des brodelnden Kaffeewassers hinein.

Und so geht's stundenlang weiter. Als Mutter sich abends todmüde ins Bett wirft, denkt sie dankbaren Gemütes: "Det war doch wieder een wirklich schöner Sonntag!" Dass sie von all der Schönheit eigentlich sogar nichts hatte, das kommt solch braver Hausklucke niemals in den Sinn.

Die kleine Mondäne.

Sie ist auf Greta Garbo frisiert und geschminkt, hat ein totchikes Badekostüm, einen modernen Strandhut, ein kokettes Badecape und vor allem einen Kofferapparat. Mit der Grandezza einer grande-dame lässt sie sich von ihrem kleinen Freund bewundern, richtet sich ihren Platz im Boot mit neckischen Kissens und interessanten Schmöckern, Chinesenschirmchen und Zigaretten zum lauschigen Bordoird. Unterwegs starrt sie des öfteren abwechselnd nach dem Firmament und ihrem Taschenspiegel und beobachtet genauestens die Sonneneinwirkung auf ihre Epidermis; dazu lauscht sie andachtsvoll der Jazzweisen, die dem zu ihren Füßen stehenden Apparat entströmen. Sie ässe für ihr Leben gern in einem der

eleganten Strandrestaurants zu Mittag, da dies aber finanztechnisch nicht möglich ist, knabbert sie höchst missvergnügt an den mütterlichen Stullen. Auf dem Anlegeplatz äugt sie teils nach Bewunderern, teils nach Rivalinnen, gerät beim Anblick einer hübschen Badekostümierung in Ekstase, plappert unentwegt von Kleidersorgen und Filmsternen und freut sich bloss, dass sie abends noch irgendwo in der Stadt tanzen gehen werden.

Clarisse.

Das Zölibat.^x

SPD. Keuschheitsgelübde und Ehelosigkeit der Priester sind keine Erfindung der katholischen Kirche. Schon in den älteren asiatischen Religionen als der christlichen standen Geschlechtstrieb und religiöser Kult in Zusammenhang, sei es durch ausschweifendste Sinnenlust auf religiösen Bacchanalien, sei es in ihrem Gegenteil, der grausamsten Askese. Bei primitiven Völkern findet sich heute noch der Brauch, dass der Priester unverheiratet bleibt. Auch der Buddhismus achtete den Ehelosen, der aus religiösen Gründen Entsagung übte, schon lange vor dem Christentum höher als den Verheirateten. Bei den Juden musste der Priester vor der Vornahme heiliger Handlungen eine Zeitlang enthaltsam leben.

Im Christentum bildete sich die Zölibatsforderung und die besondere Wertschätzung der Askese erst allmählich heraus. Christus selbst anerkannte der Uebelieferung nach die Ehe als gottgesetzte Einrichtung, und ein Teil seiner Jünger war verheiratet. Erst Paulus statuierte den Zölibatsgedanken mit seinem Ausspruch: "Welcher verheiratet ist, der tut wohl, wer aber nicht verheiratet ist, der tut besser", mit der Begründung: "Wer ledig ist, sorget, was dem Herrn angehöret". Noch immer aber war damit die Ehelosigkeit der Priester, obwohl vielfach befolgt, kein offizielles Kirchengebot. Es setzte erst Jahrhunderte später für die höheren Priester ein, während der niedere Klerus noch bis ins 11. Jahrhundert hinein verheiratet blieb. Im Jahre 1075 endlich setzte Papst Gregor VII. die Zölibatsforderung für Priester und Mönche allgemein durch. In den politischen Kämpfen zwischen Kaisertum und Papsttum spielte es keine geringe Rolle, ob die von verheirateten Priestern ausgegebenen Sakramente eine heilige Wirkung hätten. Mehr als einmal bedienten sich auch die Kaiser des Widerstandes des Klerus gegen das Eheverbot zu politischen Zwecken. Der Papst aber blieb Sieger in diesem Ringen. In den nachfolgenden Jahrhunderten setzte die Kirche ferner für die Laienwelt die Bestrafung der Ehescheidung und das polizeiliche Verbot des Konkubinats durch. Ausserordentlich interessant und viel weniger bekannt ist die Tatsache, dass nicht nur die Geistlichkeit, sondern auch die weltlichen Gelehrten aller Fakultäten in einigen Ländern dem Zölibat unterworfen waren. Bis zum Jahre 1600 mussten die Professoren der juristischen Fakultät der Pariser Universität dieses Los auf sich nehmen. Den Philologen und Philosophen dieser Hochschule wurde erst von Napoleon die Heiratsmöglichkeit durch Aufhebung dieses mittelalterlichen Gesetzes gegeben.

Das Zölibat der Geistlichen wurzelt in verschiedenen Ursachen. Einmal drückt sich ihm die dem Orient eigentümliche Haltung zu Frau und Sinnenfreude aus: der nach Heiligkeit strebende Mensch verachtet beides. Andererseits hat das Zölibatsgebot der Kirche auch recht weltliche und politische Gründe. Der - zum mindesten legitim - kinderlose, familienlose Priester setzt alle seine Energien ein für Ruhm und Stärke der Kirche. Er arbeitet nicht für eigenen Besitz und persönliche Macht, um sie seinen Nachkommen zu hinterlassen. Es bildet sich keine Vererbbarkeit kirchlicher Würden und Besitztümer heraus, und die Spitzen der kirchlichen Hierarchie wahren sich ihre Macht im alleinigen Entscheid über ihre Nachfolge.

Die Wirkungen des Zölibats liegen auf bevölkerungspolitischem und sittlichem Gebiete. Bevölkerungspolitisch wirkte es, ähnlich wie der Krieg, im Sinne einer negativen Auslese. Werden im Kriege stets die körperlich Tüchtigsten und Kräftigsten dahingerafft, so schuf das Zölibat in der Blütezeit der christlichen Kultur einen unersetzlichen Ausfall an Nachkommenschaft gerade bei den tiefst veranlagten, kultiviertesten und geistig produktivsten Persönlichkeiten beider Geschlechter. Ein Thomas, ein Duns, ein Ekkehard, eine Hroswitha, eine Mechthild - sie alle mussten als Dienerinnen der Kirche das Keuschheitsgelübde ablegen. Die deutliche Verschlechterung der Bevölkerungsqualität in der Zeit der Auflösung des Römischen Reiches und der Völkerwanderung wird mit einigem Rechte darauf zurückgeführt, dass gerade die feinsten und edelsten Naturen sich vor der Sittenverderbnis und wilden Barbarei der Zeit in die überall entstehenden Kläster flüchteten. Der Verlust ihres Nachwuchses trifft die europäische Menschheit bis in die fernsten Generationen. Nur allzu bekannt ist auch die andere Tatsache, dass der strengen Forderung der völligen Askese der Durchschnittsmensch sich nicht gewachsen zeigte. Bereits im Hochmittelalter setzte der Sittenverfall der Klöster mit Gelagen und sexuellen Orgien der Mönche und Nonnen ein, und in den Bauernkriegen forderten die Aufständischen, dass jeder Pfarrer seine Konkubine habe, damit ihre Frauen und Töchter vor den Nachstellungen der geistlichen Herren Ruhe hätten. Das beschauliche Leben bei guter Ernährung, das die meisten dieser Kirchendiener führen durften, verstärkte natürlich noch das geschlechtliche Verlangen. Der heutige bayrische Pfarrer und seine Köchin sind in der derben und doch menschlich warmen "Pfarrhauskomödie" von Heinrich Lautensack naturwahr gezeichnet.

Von den Qualen der mönchischen Abstinenz zeugen die peinigen Visionen und phantastisch greuelvollen Bilder von den Versuchungen der Heiligen. Aber auch eine positive sittliche Wirkung ist von der Askese ausgegangen. Der wahllos rohe Geschlechtsrieb wurde in der Weissglut des Entbehrens umgeschmiedet zur vergeistigten Erotik. Aus ihr erblühten Madonnenkult und ritterlicher Frauendienst; er schuf die Voraussetzung zur Sublimierung des Triebes in der romantischen Liebe und der lebendigen Spannung, die heute zwischen den Geschlechtern waltet.

H.S.

Herr Briand und der Heiratsmarkt.^x

SPD. Aristide Briand, Frankreichs Aussenminister, ist trotz seiner hohen Einkünfte und trotz seiner Berühmtheit noch immer unverheiratet. Das hätte nun keinen Menschen mehr gestört, wenn nicht die amerikanische Sensationspresse sich eine hübsche Geschichte darüber zurechtgemacht hätte. Sie erzählte nämlich kürzlich ihren sensationshungrigen Lesern, dass Herr Briand wegen seiner Ehelosigkeit innerhalb seiner Partei für die Aufstellung zu den nächsten Wahlen Schwierigkeiten gemacht bekommen. Um diese zu überwinden, habe er sich entschlossen, endlich zu heiraten. Und mit besonderem Augenzwinkern wurde als pikante Note hinzugefügt, dass die Auserwählte eine bekannte französische Schauspielerin sei. In Frankreich hätte kein Mensch dieses echt amerikanische Märchen geglaubt. Weil aber Pariser Blätter die Sache schmunzelnd registrierten, musste Herr Briand dementieren. Was er mit seinem bekannten Humor prompt tat, indem er versicherte, er denke nicht mehr ans Heiraten, er selbst wolle keine alte Frau und eine junge wolle ihn nicht. Woraus man sieht, dass die Politik in diesem Falle einen Mann in der heikelsten Frage vor gefährlicher Selbsttäuschung zu bewahren vermochte.